

AVANTIPOSITIONEN ZUR ATOMPOLITIK // MAI 2011

WWW.AVANTI-PROJEKT.DE

SOFORTIGE STILLLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN WELTWEIT!

ATOMAUSSTIEG SELBER MACHEN: ENERGIEKONZERNE ENTEIGNEN
UND VERGESELLSCHAFTEN!



Die Reaktor- Katastrophe in Fukushima stellt den letzten traurigen Tiefpunkt einer zwar unfassbaren aber nicht unumkehrbaren politischen Fehlentwicklung dar. Harrisburg, Tschernobyl, Forsmarck, Gorleben, Asse, worauf sollen wir denn noch warten? Die Anti-AKW- Bewegung kämpft seit Anbeginn der Nutzung dieser rein destruktiven Technologie an unterschiedlichen Orten mit unterschiedlichen Schwerpunkten gegen die in Kompromiss- Propaganda verpackten Beschwichtigungsversuche mit dem verbindenden klaren Ziel: Die Atomlobby muss zurückstecken! Das Motto der Anti-AKW Bewegung lautet deshalb: „Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!“ Wir werden

in dieser lebenswichtigen Frage keinen Kompromiss anerkennen. Das Atommoratorium der Bundesregierung lässt wenig erwarten, aber auf keinen Fall die nötige Konsequenz; deshalb dürfen wir uns von der Hinhaltetaktik der Parteien nicht beirren lassen. Wir glauben nicht an die Unterscheidung von „alten“ und „neuen“, von „unsicheren“ und „sicheren“ AKWs. Erst recht nicht an die Unterscheidung von „guten deutschen“ Reaktoren in Abgrenzung zu den Schrottreaktoren „der anderen“. Seit Wochen gehen angesichts des in Japan neuerlich bewiesenen Strahlenrisikos bundesweit hunderttausende DemonstrantInnen auf die Straße: es geht heute mehr denn je um den kompletten

und finalen Ausstieg aus der Nukleartechnologie. Fangen wir vor der eigenen Haustür an: Alle 17 deutschen Reaktoren müssen endgültig vom Netz! Basta!

Da die Reaktion der Regierungen, Energiekonzerne und Lobbyverbände über alle in „Stresstest und „Moratoriumsrhetorik verpackten Scheinlösungen hinaus keine grundlegende energiepolitische Radikalkur verspricht, machen immer mehr Menschen von ihrem legitimen Widerstandsrecht Gebrauch, sagen und praktizieren unüberhörbar „Nein!- Abschalten!“

Konkret hieß das im Herbst letzten Jahres die Endlagerungspläne in Gorleben zu durchkreuzen: „Castor stoppen!“;

Jetzt geht es um nichts geringeres als den Betrieb zu stören, Brokdorf abzuschalten: „Block Brokdorf!“

„DU SCHREIBST GESCHICHTE“

Vor 30 Jahren erlebte die Anti-Atomkraftbewegung nach der Bauplatzbesetzung des AKW Brokdorf eine immense Dynamik. An diese Dynamik des „selber machens“ knüpfen wir jetzt an. Denn es war nie das Wirken politischer Entscheidungsträger_innen, das den bereits geplanten, noch massiveren Ausbau der Atomanlagen verhinderte, sondern der jahrzehntelange, breite und entschlossene Widerstand der Bevölkerung an den Bauzäunen und den geplanten Standorten. Die Politik hielt gemeinsam mit den Atomkonzernen trotz der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl an der Atomenergie fest. Brokdorf wurde als der weltweit erste Reaktor, der nach Tschernobyl ans Netz ging, zum Symbol für dieses Festhalten.

Wenn wir ausgerechnet jetzt wieder nach Brokdorf fahren ist das aber mehr als sentimentale Symbolik: Das AKW Brokdorf wird zu diesem Zeitpunkt abgeschaltet sein für Revisionsarbeiten. Das bedeutet, wir können die Handwerker, die diese Arbeiten ausführen sollen und die Verantwortlichen, die diese beaufsichtigen effektiv behindern ohne dabei eine störfallanfällige Notabschaltung zu provozieren.

Mit Blockadeaktionen des Zivilen Ungehorsams, an welchen sich tausende Menschen unterschiedlicher politischer, sozialer und kultureller Hintergründe beteiligen, drücken wir unmissverständlich unser „NEIN“ zu jeglichem Weiterbetrieb von Atomkraftwerken aus. Ein spürbares und unüberhörbares „NEIN“ ist öffentlicher, offensiver und praktischer Ausdruck, uns von keinem Moratorium, keiner Ethikkommission und keiner Diskussion über „sichere“ und „unsichere“ AKW täuschen zu lassen.

Mit einer Blockade im Juni können wir in Brokdorf Revisionsarbeiten behindern, die für den Weiterbetrieb des Kraftwerks notwendig sind. Deshalb werden wir uns aktiv in den Weg stellen und die Zufahrtsstraßen zum AKW Brokdorf besetzen und blockieren, die der Tross von Handwerkern, Material und Geräten passieren muss, um herein oder heraus zu gelangen.

Wir haben ein gemeinsames Projekt: Eine Massenblockade mit vielfältigen kulturellen Ausdrucksformen, an der sich gerade auch Unorganisierte und „blockadeunerfahrene“ Menschen beteiligen können und sich solidarisch aufgehoben fühlen. Der Kreativität sollen dabei keine Grenzen gesetzt werden, wichtig ist die gelungene Verbindung von Funktionalität und dem politischen Ausdruck der Massenblockade. Wir wollen einen bunten Ausdruck und keinen schwarzen, doch auch schwarz gehört zu bunt. Unser Schutz ist unser Konzept der Vielfalt, der massenhaften Beteiligung und der gewollten (auch medialen) Öffentlichkeit.

Die an der Kampagne beteiligten Gruppen kommen

aus der Anti-Atombewegung, aus kapitalismuskritischen Zusammenhängen und aus der radikalen Linken, aus Antifa-Zusammenhängen, aus Parteijugenden, Pfadfindergruppen und Gewerkschaften. Wir sind Studierende, Arbeiter/Innen und Arbeitslose.

ENERGIEKONZERNE VERGESELLSCHAFTEN!

Unsere Forderungen reichen aber über den konkreten Anlass hinaus. Wir trauen den gewählten Repräsentanten nicht, die Zeichen der Zeit richtig zu deuten, da die Grundlage, auf der diese falsche Energiepolitik gedeihen konnte, fortbesteht! Denn wer entscheidet in wessen Interesse über die Energieproduktion dieser Gesellschaft? Atomenergie gibt es nicht, weil die Mehrheit der Bundesbürger sie will, es gibt sie, weil sie Profite verspricht. Platt aber richtig. Dass die Aktienkurse der Strom-Riesen eingebrochen sind, ist so eine rationale Folge. Die Anleger wissen, dass ein Abschalten der übelsten Pannenmeiler und höhere Sicherheitsstandards erstmal höhere Kosten und weniger Einnahmen bedeuten.

Selbst wenn zur Einhegung des Atom-Konfliktes punktuelle Zugeständnisse gemacht würden, bleibt das Kernproblem bestehen: die kapitalistische Gewinnorientierung, die jede ökologische Schweinerei rechtfertigt. Selbst ein völliger Ersatz der AKW-Technologie durch blutige Kohle aus Kolumbien, Agro-Brennstoffen aus Indonesien oder Wüsten-Strom aus Nordafrika werden immense ökologische und soziale Folgekatastrophen mit sich ziehen, solange nicht aus dem Wachstums- und Profitdenken ausgebrochen wird.

Es gibt offensichtlich eine Verbindung zwischen sämtlichen Formen der Umweltzerstörung: Müllkollaps, Klimawandel, Regenwaldzerstörung und so weiter haben diesen inneren Zusammenhang. Es geht im Kern fast nie um nachhaltige, solidarische Bedürfnisbefriedigung, sondern immer um wirtschaftlichen Erfolg, um Gewinn, an dem wiederum bekannter Weise nie alle teilhaben können. Verge-sellschaftet hingegen werden die Kosten für die Reparaturen und



das Risiko; die Milliardengewinne der Energiekonzerne bleiben privat!

Wenn es in unserem Protest grundsätzlich um die Frage der Energiepolitik geht, müssen wir also auch die Frage nach Eigentum und Entscheidungsgewalt stellen.

Unsere Kämpfe richten sich gegen die Energiekonzerne, also gegen das Prinzip, die Energieproduktion der Gewinnmaximierung unterzuordnen.

Wir brauchen eine radikal andere Logik der Energieversorgung (flexibel, dezentral und demokratisch). Und die ist nur gegen die unsichtbare Hand des Marktes durchzudrücken, die sonst nur ökologischen Schaden anrichtet!

Wenn wir auf dem Feld der Energiepolitik eine positive Vision in den Raum stellen können, dann die, dass alle Menschen demokratisch und gemeinsam entscheiden, wie Energie produziert und verteilt wird.

CASTOR-SCHOTTERN 2010 - UPDATE: REPRESSION UND SOLIDARITÄT

Im November 2010 ist der letzte Castor ins Wendland unter massiven Protesten von einem überwältigenden Polizeiaufgebot ins Zwischenlager in Gorleben geprägt worden. Teil der Proteste war die Kampagne Castor Schottern, über 4000 Menschen sind mit dem Ziel Schotter aus dem Gleisbett zu entfernen immer wieder organisiert auf die Schienen gegangen.

Castor Schottern wurde schon im Vorfeld von über 1700 Einzelpersonen und Gruppen unterstützt, indem sie trotz Strafandrohungen durch die Staatsanwaltschaft Lüneburg eine Absichtserklärung unterschrieben hatten.

Inzwischen habe einige Personen Post von der Polizei bekommen, in der sie aufgefordert werden, zum Tatvorwurf Stellung zu nehmen. Der Tatvorwurf lautet bei den bis jetzt bekannten Briefen Störung öffentlicher Betriebe (nach Stgb §111).

WIE AUF DIE UNERWÜNSCHTE POST REAGIEREN?

Als Empfehlung gilt wie immer Briefe von der Polizei zu ignorieren. Es müssen und sollten gar keine Angaben gemacht werden. Was ihr aber tun könnt, ist die CastorSchottern Rechtshilfe oder eure örtliche Rote Hilfe zu informieren, die können auch weitere Tipps und Infos geben.

Reagieren müsst ihr erst, wenn ein gelber Brief von der Staatsanwaltschaft bei euch eintreffen sollte. Die Rote Hilfe kann euch dann bei einer Anwaltsuche unterstützen. Aber Achtung: es sind nur 14 Tage Einspruchsfrist.

WAS KANN ICH NOCH TUN?

Du kannst dich mit anderen Personen vernetzen und gemeinsame Vorgehen usw. besprechen. Es hat in vielen Städten, u.a. Hamburg, Hannover, Berlin, schon Antirepressionstreffen gegeben.

Achtet auf Ankündigungen oder schaut im Internet auf www.castor-schottern.org. Solidarität ist der beste Schutz: Tretet ein in die „Rote Hilfe“! Organisiert euch!



DAS SYMBOL BROKDORF EIN BLICK ZURÜCK

Am 30. Oktober 1976 marschierten Demonstrant_innen im Friesennerz und Gummistiefeln über die Straßen, Schleichwege und Wiesen entlang der Wettern (Gräben) nach Brokdorf, um nach kilometerlangen Märschen an ihr Ziel zu kommen. Der pazifistische Song begleitet sie: "Wehrt euch, leistet Widerstand, gegen die Atomkraft im Land", so der Refrain, "...schließt Euch fest zusammen...." Das Lied sollte zum Kampfruf der Anti-AKW-Bewegung werden.

Mit Drahtscheren ausgestattet schneiden die 8.000 Demonstrant_innen die Zäune auf, Bäuer_innen und Anwohner_innen werfen als Transparente getarnte Teppiche auf die Nato-Draht-Barrieren, um diese unverletzt zu überwinden. Leute machen sich an Leitplanken der so genannten NWK-Stichstraße zu schaffen, liften sie aus dem feuchten Boden, um sie zerkleinert als Brücken über die Wettern zu nutzen. Werkschützer und Polizisten versuchen mit Reizgas ihre Niederlage zu verhindern. Doch der Druck von außen ist zu groß. Bei Einbruch der Dunkelheit steht fest: Ein großer Teil des Bauplatzes am Elbdeich ist besetzt!

Dies war erst der Auftakt für Demonstrationen, Bauplatzbesetzungen, militante und teilweise sehr kreative Aktionen. Der Staat reagiert mit Notstandsgesetzen und einer immensen Repression seitens der Polizei mit allen Mitteln (inklusive des berühmten „Hamburger Kessels“ am 7. Juli 1986, also vor genau 25 Jahren!).

WER IST UND WOHER KOMMT AVANTI?

Diese Schrift argumentiert aus der Perspektive eines immerhin schon seit fast 22 Jahren existierenden Organisationsprojektes, das seine Wurzeln in der autonomen Bewegung der frühen 1980er Jahre hat und bereits damals aus einer Kritik an der Unverbindlichkeit, der mangelnden Kontinuität und gesellschaftlichen Verankerung der damaligen Autonomen entstanden ist. Bewusst haben sich GenossInnen damals aus bundesweiten Strukturen zurückgezogen, um in der schleswig-holsteinischen Provinz einen neuen Organisationsansatz von der Basis her zu entwickeln. 1989 wurde dann Avanti – Projekt undogmatische Linke als Zusammenschluss einer Kieler und einer Lübecker Gruppe ins Leben gerufen. Seitdem sind Ortsgruppen in Flensburg, Norderstedt, Hamburg, Hannover, Bremen und zuletzt Berlin hinzugekommen, so dass Avanti zwar langsam, aber immerhin gegen den allgemeinen Trend des Zerfalls von linksradikalen Strukturen gewachsen ist. Unsere politischen und methodischen Grundsätze haben wir in einem Grundsatzpapier zusammengefasst, das seit seinem ersten Erscheinen 1989 mehrfach verändert und überarbeitet worden ist.

Basis unserer Organisationsstruktur sind Verbindlichkeit, die Autonomie von lokalen Gruppen und überregionalen Arbeitsbereichen, die aktive Akzeptanz der Notwendigkeit zentraler Strukturen zur Schaffung gemeinsamer Handlungsfähigkeit – vor allem aber ein gegenseitiger Vertrauensvorschuss. Dieser ermöglicht intern offene und solidarische Diskussionen, die allen GenossInnen Rückendeckung für ihr politisches Handeln geben. So ist es auch möglich, Widersprüche konstruktiv auszuhalten und zu diskutieren. Wir haben uns stets bemüht, theoretische Reflexionen nicht zu Hemmnissen für das politische Handeln werden zu lassen. Unsere Arbeitsschwerpunkte haben wir daher meist nach kurz – oder mittelfristigen politischen Notwendigkeiten bestimmt – und nicht nach einem am Reißbrett entworfenen Masterplan.

Kontinuierlich sind wir seit unserer Gründung aktiv in den Bereichen Antifa, ebenso lange mit dem Bereich der sozialen Kämpfe. Weitere Aktivitäten z.B. in den Bereichen Antimilitarismus oder Geschlechterverhältnisse konnten wir aufgrund unserer Organisations- und Ortsgruppengröße nicht mit der gleichen Kontinuität abdecken. Seit einigen Jahren melden wir uns verstärkt auf der bundesweiten Ebene zurück. Wir haben die antifaschistische Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« mitentwickelt und uns seit 2008 in der Mobilisierung gegen den Dresdner Naziaufmarsch engagiert. Wir waren stark an den Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007, insbesondere an der Kampagne »Block G8«, beteiligt. Im Herbst 2010 haben wir unseren aktiven Beitrag zu »Castor? Schottern!« geleistet.

Für diese überregionalen Aktivitäten gibt es (bei gleichzeitiger Fortsetzung der regionalen und lokalen Arbeit) allerdings nur begrenzte Kapazitäten – schon deshalb haben wir ein starkes Interesse an einem gemeinsamen Organisationsprozess mit AktivistInnen und Gruppen aus anderen Städten. Avanti ist Teil des bundesweiten Netzwerkes der Interventionistischen Linken, das auf eine Organisation der undogmatischen linksradikalen Strömung abzielt.

WAS

GERECHT UND NACHHALTIG GEHT ANDERS: VERGESELL- SCHAFTUNG DER ENERGIE- VERSORGUNG!

Schon vor Fukushima war einer Mehrheit der BundesbürgerInnen die Atomkraft suspekt. Direkt nach dem GAU wurde die mehrheitlich ablehnende Haltung noch einmal verstärkt. Und da nun ja scheinbar auch die großen Parteien erkennen, dass sie die AKW nicht gegen den Willen einer Bevölkerungsmehrheit ungestraft durchregieren können, müsste ja alles in Butter sein.

Denkste. Denn so wie es einen eklatanten Unterschied zwischen Wahlkampfversprechen und politischer Wirklichkeit gibt, gibt es auch einen Unterschied zwischen einer an den Bedürfnissen der Nutzer_innen orientierten, demokratisch bestimmten Energiebewirtschaftung und einem grüngetünchten Umbau-Plazebo innerhalb der bestehenden Eigentumsordnung.

Denn allen Sonntagsreden der Parteien zum Trotz soll es natürlich keinen grundlegenden Wechsel des Energiesystems geben. Es werden bestenfalls mit großem PomPom einzelne Komponenten und letztlich auch nur als Reaktion auf veränderte Marktanforderungen ausgetauscht: Atomenergie gegen Erdgas, Erdöl gegen Pflanzenöl usw.

Aber, und das ist leider die Garantie für eine Fortsetzung der systemimmanenten Destruktivität: nach wie vor sind die meisten Nutzer_innen (als Kund_innen und Wähler_innen) ohne reale Kontroll- und Entscheidungsmacht.

Und so wird auch garantiert weiterhin erstmal fleißig Atommüll produziert, die Umwelt verstrahlt, die Umstellung auf ökologische Energiegewinnung verzögert. Solange bis aus Energiegewinnung aus regenerativen Quellen besser Geld gescheffelt werden kann. Und die Entscheidung liegt schlussendlich nach wie vor bei den Energiekonzernen, da sie es sind, die über den etablierten Lobbying- Weg die Form der zukünftigen Energiegewinnung diktieren können.

TUN?

KAPITALISMUS ERZIELT OPTIMALE MARKTERGEBNISSE ABER NICHT OPTIMALE LEBENSBEDINGUNGEN FÜR ALLE

Klar: es gibt eine Millionen gute Gründe für eine grundlegende Neuausrichtung der Energiepolitik. Aber als ausschlaggebendes Gegenargument gibt es zunächst noch eine Millionen Euro Gewinn pro Tag und Meiler für die vier großen Energiemonopolisten E.on, RWE, EnBW und Vattenfall.

Es geht ihnen eben nicht darum, was das Beste für die Menschen und die Umwelt ist, sondern darum wie am meisten Geld gemacht werden kann. Und dazu eignen sich abbezahlte Schrottmeiler eben wunderbar.

Auch die Verhängung des Moratoriums kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Entscheidungen von den Falschen getroffen werden. Wir dürfen sie weder Energiekonzernen, egal ob staatlich oder privat, noch Regierungen, egal ob schwarz, gelb, grün oder rot, überlassen. Alle haben längst gezeigt, dass die Interessen der Wirtschaft Vorrang haben.

Dabei geht Energiepolitik alle etwas an, eine verlässliche aber entlang sozialer und ökologischer Kriterien ausgerichtete Energieversorgung hat für uns den Rang eines Grundrechts. Alle brauchen Strom, alle trifft ein Super-GAU und keineR hat Lust auf Atommüll in der Nachbarschaft.

Deshalb müssen auch alle darüber entscheiden können – nicht zuletzt auch wie und woran sie wirksam und kollektiv sparen wollen! Deshalb müssen wir den Energiesektor vergesellschaften!

ENERGIEKONZERNE ENTEIGNEN!

Der erste Schritt zur Vergesellschaftung des Energiesektors muss die Enteignung der vier Energiemonopolisten sein.

Eine nachhaltige Energiegewinnung funktioniert dezentral. Wo es möglich ist, produzieren Windräder und Solarkollektoren Energie. Reicht diese wetterbedingt nicht aus springen viele kleine Blockheizkraftwerke ein und produzieren den noch benötigten Strom. Hierfür ist der Umbau des Leitungs- und Speichersystems erforderlich, vor allem aber die Abkehr von Großkraftwerken. Atom- und Kohlekraftwerke sind nicht flexibel steuerbar und mit einer nachhaltigen Energiegewinnung unvereinbar.

Die Lüge von der Atomkraft als Brückentechnologie, die Klage von RWE gegen das Moratorium, die „Verhandlungen“ um die Laufzeitverlängerungen der AKW: Die Energiekonzerne haben bisher mehr als deutlich gemacht, dass eine Neuausrichtung der Energiegewinnung ihren Interessen widerspricht und sie deshalb alles tun, um sie zu verhindern. Wird Energie in großen Kraftwerken gewonnen, bleibt der Bevölkerung nur, das Portemonnaie zu öffnen und fleißig für den Strom zu zahlen. Das sichert die Monopolstellung, saftige Gewinne und Entscheidungshoheit. Deswegen ist es genauso wichtig, zu verhindern, dass die vier Energieriesen jetzt mit Hilfe von Offshore- und Solarparks ihre Stellung sichern.

Und noch einen, wenn auch etwas schnöden, Grund gibt es für die Enteignung der Konzerne: Der Umbau des Leitungssystems und die Erforschung

geeigneter Speichersysteme kostet einen Haufen Geld. Und davon haben die Energieriesen in den letzten Jahren auf Kosten aller jede Menge angehäuft. Lange genug wurde nur Atommüll vergesellschaftet. Es ist Zeit, dass auch von dem Gewinn alle was haben.

WIEDER IM ANGEHOT: ALLES FÜR ALLE

Die Vergesellschaftung des Energiesektors geht über die Enteignung der Konzerne hinaus und macht in diesem Teilbereich ein Stück weit deutlich, wie eine Gesellschaft aussehen kann, in der Entscheidungen nicht aus Profitstreben getroffen werden, sondern sich an den Bedürfnissen der Menschen und ihrer Umwelt orientieren. In der Energie eben nicht da ist, um Gewinne abzuwerfen und „sich zu lohnen“, sondern allen kapitalistischen Marktgesetzen entzogen ist.

In einer solchen Gesellschaft treffen die Menschen die Entscheidungen, die davon betroffen sind. Das heißt, es gibt eine gesamtgesellschaftliche Entscheidung für eine nachhaltige Energiegewinnung. Weiter entscheiden die Menschen in Landkreisen und Bezirken, wie sie bei sich die Energiegewinnung konkret umsetzen. Selbstversorgung, demokratisch gelenkte Stadtwerke und Genossenschaften – so stellen wir uns echte Energiedemokratie vor.

Dabei entstehen Entscheidungsstrukturen jenseits eines Staates, der in repräsentativer Stellvertreterpolitik die Profitinteressen der Konzerne auch gegen die Bevölkerung mit allen Mitteln durchsetzen will – ob in den Parlamenten oder mit Polizeiknüppeln im Wendland.

Und dabei entstehen Entscheidungen jenseits von Konzerninteressen und kapitalistischer Marktlogik.

Zusammenfassung: Atomausstieg und nachhaltige Energieversorgung werden selbst gemacht!

ATOM UND STAAT: MARKIERT DER „GREEN NEW DEAL“ DAS ENDE EINER EHE?

Wer die Debatte der letzten Wochen um einen möglichen Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie verfolgt hat, könnte meinen, dass die Parole „Kampf dem Atomstaat“ von FDP-Generalsekretär Christian Lindner stammen würde, so blitzartig schwenkten Teile der schwarz-gelben Regierung nach der Katastrophe von Fukushima in Richtung Atomausstieg.

Zuvor schien es zumindest auf dem Papier deutlich, dass es mit der CDU und der FDP klare Kernenergie-Befürworter gab, denen die Grünen und die Linkspartei am deutlichsten gegenüber standen.

Dass Schwarz-Gelb sich unverhohlen zum Erfüllungsgehilfen der Atomlobby machte und trotz erheblichen Gegenwindes die Laufzeitverlängerung durchboxte, schien die tatsächlich in der Parole der 70er Jahre transportierte Analyse zu bestätigen, dass Atomindustrie und Politiker eine untrennbare Einheit bilden. Denn die Geschichte der Kernenergie in Deutschland ist zugleich die Geschichte massiver staatlicher Förderung, der engen Zusammenarbeit zwischen Staat, Politik, Wissenschaft und privaten Energieunternehmen.

„WIR MÜSSEN REDEN...“

Glauben wir der Regierung, hat die gute Beziehung zwischen ihr und den Atomkonzernen durch Fukushima ein schnelles Ende gefunden. Die Flucht aus dem Lager der Atomlobby soll u.a. das Moratorium der einst heiß geliebten Laufzeitverlängerung belegen. Nun allerdings an einen plötzlichen ökologischen Sinneswandel zu glauben wäre mehr als naiv. Zwar haben die rasant schwindende gesellschaftliche Akzeptanz der Kernenergie und die damit verbundenen Massenproteste die Regierungsparteien dazu gebracht, den Turbo-Gang in Sachen Neuausrichtung der Energiepolitik einzulegen. Aber die Erkenntnis, dass die energetische Basis des Kapitalismus nicht nur durch globale Sicherheitslagen, sondern auch durch Endlichkeit, Klimawandel usw. gefährdet ist und ei-

ner grundlegenden Neuorganisation bedarf, ist auch in konservativen Kreisen nichts Neues. Und ob die Financial Times Deutschland die Grünen zur Wahl für das Europaparlament empfiehlt oder das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) von Erneuerbaren Energien als Motor für Wirtschaftswachstum und Konsum schwärmt: auch die Idee eines irgendwie „grünen Kapitalismus“ ist längst nicht mehr nur auf das grüne Lager beschränkt.

Kein Wunder, denn der „Green New Deal“, also die grüne Wende des Kapitalismus mit Hilfe von arbeits- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen und dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ist für all jene interessant, denen die Suche nach neuen Märkten und Wachstumsmöglichkeiten in Zeiten der Krise am Herzen liegt.

„ICH BIN MIT DER GESAMTSITUATION UNZUFRIEDEN...“

All jene, denen nicht nur die ökologische, sondern auch die soziale Veränderung der Gesellschaft ein Anliegen ist, werden auch im „grünen Kapitalismus“ nicht glücklich werden. Denn die Vorstellung, in einem Abwasch Finanz- und Biokrise zu erledigen, wird durch das Grünwaschen eines auf stetigem Wachstum basierenden Wirtschaftssystems nicht zu machen sein. Vielmehr zeigt sich hier der Versuch, flexibel auf veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu reagieren und potenziell subversive Denkweisen und Stimmungen zu vereinnahmen, um eine dauerhafte Zustimmung zum kapitalistischen Projekt zu erreichen. So wundert es nicht, dass die Frage, wer über die Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen entscheiden darf und wer bestimmt, welche Arbeiten und Produkte gesellschaftliche Bedeutung haben, dabei keine Rolle spielt.

Der Versuch aber, ökologische Gerechtigkeit und immerwährendes Wachstum zu vereinbaren ist zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Der GAU von Fukushima hat auch gezeigt, dass die Atomenergie nicht die Ursache, sondern Symptom eines gesellschaftlichen Verhältnisses ist, von dem Wenige profitieren und dessen Risiken Viele tragen müssen. Angefangen bei der Urangewinnung, dem Risiko beim Betrieb der Anlagen und der ungeklärten Entsorgung des wachsenden Atommülls werden die Kosten und Gefahren auf die Bevölkerung und nächsten Generationen abgewälzt.

In diesem Sinne wäre ein Ausstieg aus der Atomenergie zwar ein



sehr wichtiger, allerdings nur erster Schritt in Richtung einer demokratischen Energieversorgung, die es zu erkämpfen gilt. Für einen ökologisch sinnvollen und gerechten Umbau des Energiesektors jedoch braucht es starke soziale Bewegungen, die beim Atomausstieg nicht halt machen und nicht nur der Wirtschaft, sondern auch dem Staat die Grenzen aufzeigen. Denn auch wenn der „Atomstaat“ zurzeit vom Tisch sein sollte: Dass Staatsunternehmen, die von der Bevölkerung nicht kontrolliert werden können, um kein Stück besser als die privaten sind, zeigt das Beispiel EnBW. Für eine bedürfnis- statt gewinnorientierte Energiepolitik führt deshalb an der Enteignung und Abschaffung der Energiekonzerne kein Weg vorbei - zugunsten eines Systems der Selbstversorgung mit demokratisch gelenkten Stadtwerken und Genossenschaften - dezentral, sozial und ohne Atomkraft.

AUSZUG AUS DEM AVANTI-GRUNDSATZPROGRAMM

„Dass die Menschheit gegenwärtig einen unverantwortlichen Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten betreibt, ist eine kaum bestrittene Tatsache. Hauptfaktor der Umweltzerstörung ist die gesellschaftliche Struktur, in der die industrielle Produktion nur nach dem Profitprinzip arbeitet. (...) Das gestiegene ökologische Bewusstsein der VerbraucherInnen wird ad absurdum geführt durch die im großen Stil stattfindende Umweltzerstörung der Unternehmen.

Die Atmosphäre wird durch Treibhausgasen belastet, Böden und Grundwasservorräte vergiftet, Wälder vernichtet und immer mehr Landschaft unter Beton und Asphalt erstickt. Hunderte von Atomkraftwerken weltweit stellen tickende Zeitbomben dar. Der von ihnen produzierte strahlende Abfall muss noch für Jahrtausende sicher verwahrt werden – ohne dass heute irgendjemand wüsste, ob und wie Atom- müll tatsächlich sicher gelagert werden kann. Diese Entwicklung folgt der Logik kurzfristiger kapitalistischer Profitmaximierung und ist zugleich Ausdruck eines patriarchalen Machbarkeitswahns.

Die in den letzten 25 Jahren intensiviertere Kritik an der grenzenlosen Ausbeutung der Ressourcen hat zu einer gewissen Anzahl von Umweltschutzmaßnahmen geführt. Für das Kapital kommt darin auch das Interesse zur Geltung, die kapitalistische Produktion nicht durch den von ihm selbst zu verantwortenden Raubbau an der außermenschlichen Natur vollständig zu gefährden. Als Reparaturwissenschaft unterliegt die Ökologie damit den gleichen Gesetzmäßigkeiten wie die kapitalistische Produktionsweise insgesamt. Sie muss in produktiver Anwendung Profit abwerfen, die gesellschaftlichen Kosten werden auf die Lohnabhängigen abgewälzt oder exportiert. In diesem Sinne versuchen Teile des Kapitals, ihre Vorstellungen einer modernisierten kapitalistischen Produktion in den Diskussionen um nachhaltiges Wirtschaften zu platzieren.

(...) Ebenso deutlich ist das Trauerspiel „Atomausstieg“: Da die Konfrontation mit der Atomwirtschaft gescheut wurde, wurden Restlaufzeiten von mehreren Jahrzehnten ausgehandelt. Der angebliche Ausstieg wurde so zur Garantie für den jahrzehntelangen Weiterbetrieb der AKWs. Die Durchsetzung des sofortigen und endgültigen Stopps der militärischen und „zivilen“ Atomenergienutzung bleibt daher die Aufgabe einer außerparlamentarischen Bewegung.“

<http://www.avanti-projekt.de/avanti/grundsatzpapier>

AVANTI VOR ORT

Berlin: c/o OH21, Oranien Str. 21, 10997 B

Bremen: c/o Infoladen, St.-Pauli-Str. 10-12, 28203 HB

Flensburg: flensburg@avanti-projekt.de

Hamburg: c/o Werkstatt 3, Nermstweg 32-34, 22765 HH

Hannover: c/o UJZ Korn, Kornstr. 28-30, 30167 H

Kiel: c/o Ini-Zentrum, Schwefelstr. 6, 24118 KI

Lübeck: c/o Alternative, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 HL

Norderstedt: c/o SZ, In de Tarpen 8, 22848 NO

IMPRESSUM

AUFLAGE: 20.000

Erscheinungsdatum: 28.5.2011

Vi.S.d.P.: Max Voigt, Grosse Brunnenstr. 7, 22767 HH



BERN

BERLIN

29. Mai | 14:00 – 18:00 | Projektraum, Hermannstraße 48, 2. Hinterhof
Aktionstraining

30. Mai | 18:00 | Zwille, TU Berlin, Fasanenstraße 1

Diskussions- und Informationsveranstaltung zur Zukunft der Energiepolitik und der Aktion Block Brokdorf

30. Mai | 19:00 | RuDi Kultur- und Nachbarschaftszentrum, Moder-
sohnstraße 55

Infoveranstaltung mit Referent_in von x-tausendmal quer
und Block Brokdorf zu den geplanten Blockaden

31. Mai | 19:30 | Tristeza, Pannierstraße 5

Infoveranstaltung Block Brokdorf. Mit Updates und Stand
der Mobilisierung

01. Juni | 19:00 | Meuterei, Reichenberger Straße 58

Infoveranstaltung Block Brokdorf. Mit Updates und Stand
der Mobilisierung

01. Juni | 20:00 | Humboldt Universität, Hauptgebäude, Raum
2014a, Unter den Linden 6

Diskussions- und Informationsveranstaltung zu Protestfor-
men und Energiepolitik

04. Juni | 14:00 – 18:00 | aboutblank, Markgrafendamm 24c, 2. Hinterhof
Aktionstraining

07. Juni | 19:00 | Festsaal Kreuzberg, Skalitzer Straße 130

Last Call. Letzte Updates zur Aktion und Anreise

BREMEN

31. Mai | 20:00 | Kulturzentrum Paradox, Bernhardstraße 10-12

Infoveranstaltung Block Brokdorf

05. Juni | 14:00 | Jugendhaus Buchte, Buchtstraße 14/15

Aktionstraining

HAMBURG

31. Mai | 18:00 | Café Knallhart, Uni Campus

Infoveranstaltung Block Brokdorf

06. Juni | 16:00 | Rote Flora, Achidi-John-Platz 1

Aktionstraining

09. Juni | 19:00 | Rote Flora, Achidi-John-Platz 1

Mobiveranstaltung Block Brokdorf "Last Call"

LÜBECK

30. Mai | 19:00 | Diele, Mengstraße 41

Infoveranstaltung Block Brokdorf im Anschluss an den
Anti-Atom Montagsspaziergang

31. Mai | 19:30 | Café Brazil/Walli

Infoveranstaltung Block Brokdorf

NORDERSTEDT

01. Juni | 19:30 | Soziales Zentrum, In de Tarpen 8

Infoveranstaltung Block Brokdorf – Standpunkte und Akti-
onen zur Energiepolitik.

HANNOVER:

05.06. | N.N. | N.N. (siehe www.block-brokdorf.org)

Aktionstraining (für beide Aktionen)

06.06. | 19h | N.N.

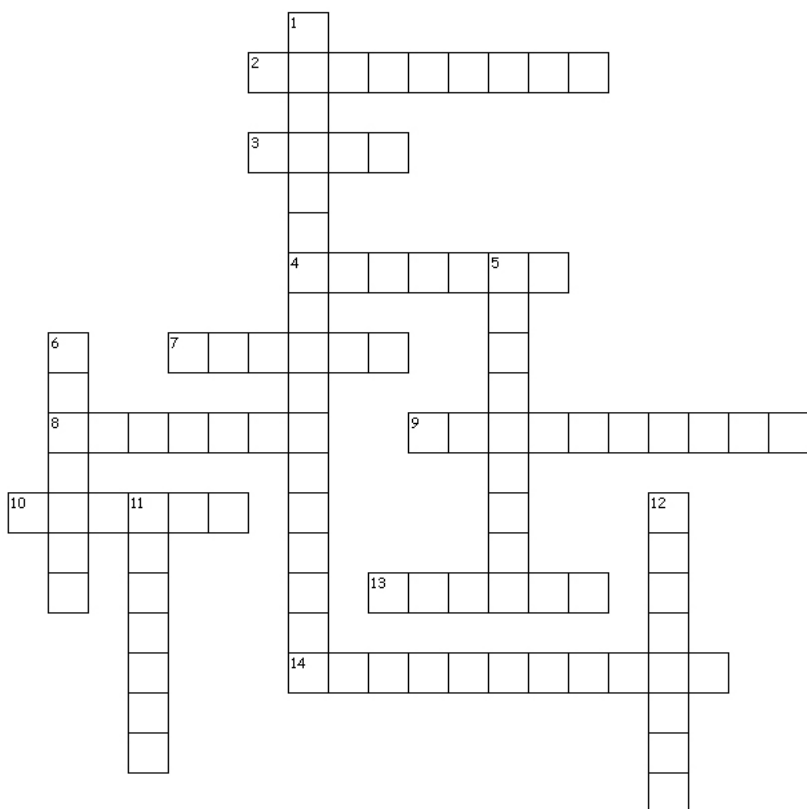
Block-Brokdorf Mobilisierungsveranstaltung

OLDENBURG:

01.06. | ab 16.00 Uhr | N.N. (siehe www.block-brokdorf.org)

Informationsveranstaltung und Aktionstraining.

RÄTSEL&REISE



WAAGERECHT

2. ätzender Lobbyverband
3. ... Hilfe! Solidarisch gegen Repression!
4. ...& Kritik, Avantis Knüller- Monatszeitung
7. Behälter für Atomülltransport
8. warnte als Umweltminister vor Anti- Atom- Protesten
9. wird demnächst vergesellschaftet
10. (Hamburger) Polizeiformation; hat gerade 25-jähriges Jubiläum
13. Projekt undogmatische Linke
14. Kleinstadt mit hübschem Sozialen Zentrum

SENKRECHT

5. beliebte Handarbeitstechnik zur Beschleunigung des Atomausstiegs
6. so schimpfen sich Gräben in Brokdorf
11. gehört auch zu bunt
12. AKW wird ab dem 11.6. erfolgreich blockiert
- 1: Lösungswort! Historische Sabotagemaßnahme im Kampf gegen Atomstaat

1. Preis: 1 Bullenhelm, leichte Gebrauchsspuren
2. Preis: Schweißband: „Tschüss Vattenfall“ (avantigelb)
3. bis 5. Preis: T- Shirt „Block G8“.

Einsendeschluss: 1.7.2011; Lösungswort an Avanti c/o Werksatt3, Nernstweg 32-34, 22765HH; Der Rechtsweg ist selbstverständlich total ausgeschlossen.